

# PRESSEMITTEILUNG

## Anti-Gewalt Aktion in Remscheid

### Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes gegen mit Sicherheitsforderungen an die Öffentlichkeit

Beschimpft, geschlagen und verletzt - immer wieder schockieren Übergriffe auf Beschäftigte im Öffentlichen Dienst. Die Hemmschwelle, gewalttätig zu werden, sinkt immer weiter. Auch wenn es meist bei Beleidigungen, Bedrohungen und Rangeleien bleibt, fürchten Beschäftigte zunehmend um ihre eigene Gesundheit und haben Angst im Job. Am letzten Samstag, den 4. Juni, hat die Remscheider Kreisjugendgruppe des Deutschen Beamtenbundes (dbb jugend remscheid) mit einem Stand auf dem Theodor-Heuss-Platz während des Wochenmarktes plakativ ihre Anliegen deutlich gemacht.

Blutig geschminkte Erzieher, Busfahrer, Ordnungshüter und Beschäftigte aus anderen Bereichen des Öffentlichen Dienstes machten die Passanten auf die Notwendigkeit von Sicherheitsmaßnahmen aufmerksam. Dies ist Teil der NRW-weiten Aktion „Gefahrenzone Öffentlicher Dienst“, welche unter anderem auf der Internetseite [www.angegriffen.info](http://www.angegriffen.info) über die aktuelle Situation in Behörden informiert und eine Zeitleiste von Zwischenfällen sowie einen Kummerkasten als Plattform für betroffene Beschäftigte anbietet.

Oft trifft es vor allem junge Beschäftigte, die in publikumsnahen Bereichen wie Bürgerbüros eingesetzt werden, um dort Berufserfahrung zu sammeln. Die Erfahrungen, die sie dort machen, sind häufig jedoch vor allem eins: brutal und angsteinflößend. Sie fühlen sich als Zielscheibe für Gewalt und blinden Zorn und finden oftmals bei ihrem Arbeitgeber nicht die Unterstützung, die sie sich erhoffen. Anzeigen gegen pöbelnde und übergriffige Bürger sind selten, Schulungen zum Konfliktmanagement oder zur Selbstverteidigung werden nicht in ausreichendem Maß durchgeführt.

Konflikte sind in vielen Bereichen des Öffentlichen Dienstes vorprogrammiert, ob in Klassenzimmern und Krankenhäusern, in Bussen und Bahnen oder zum Beispiel auf der Straße zwischen der Polizei oder der Feuerwehr und den Bürgern. Besonders wenn es um finanzielle Anliegen oder drohende Einschnitte der Bürger geht, wird es oft hitzig. Es sei Sache des Arbeitgebers, die Sicherheit der Beschäftigten zu gewährleisten und ihnen zum Beispiel eine persönliche Schutzausstattung für den Außendienst zur Verfügung zu stellen, so lautet eine der Forderungen der dbb jugend remscheid.

Daneben sind es häufig lange Bearbeitungszeiten von Anträgen und Gesuchen, die zu einem steigenden Aggressionsniveau führen und die Wut im Bürger hochkochen lassen. „Hieran kann man unter anderem die



dbb  
jugend nrw

#### Pressekontakt

Markus Klügel  
Geschäftsstellenleiter  
dbb jugend nrw  
Friedrich-Ebert-Str. 1  
40210 Düsseldorf

☎ 0176. 50 13 60 97

☎ 0211. 35 59 28-16

☎ 0211. 35 59 28-10

✉ [presse@dbbjnrw.de](mailto:presse@dbbjnrw.de)

🌐 [www.dbbjnrw.de](http://www.dbbjnrw.de)

weitgehenden Auswirkungen der Einsparpolitik und der dadurch steigenden Arbeitsverdichtung sehen“, sagt die Kreisjugendleiterin der gewerkschaftlichen Dachorganisation Carina Heinzl. Würde in sensiblen Bereichen mehr Personal zur Verfügung stehen, könnten lange Warte- und Bearbeitungszeiten vermieden werden.

Darüber hinaus könnten funktionierende Alarmsysteme und bauliche Veränderungen wie Verbindungstüren oder sichere Eingangs- und Publikumsbereiche nicht nur den Beschäftigten ein größeres Gefühl der Sicherheit am Arbeitsplatz geben, sondern auch die wartenden Bürger schützen, welche sonst unfreiwillig zu Opfern ausschreitender Übergriffe werden könnten.

„Im Öffentlichen Dienst zu arbeiten darf nicht weiter gefährlich sein!“, proklamierte die dbb jugend remscheid bei ihrer erfolgreichen Aktion und führte mit vielen Bürgern interessante Gespräche. Auch kam es zu einem regen Austausch mit anderen Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes über ihre schockierenden Erlebnisse während der Arbeitszeit.

Aufgegriffen wird die Sicherheitsfrage in den Remscheider Behörden bereits von der CDU Remscheid, welche eine Anfrage zu diesem Thema für die nächste Sitzung des Rates am 30.06.2016 an den Oberbürgermeister, Burkhard Mast-Weisz, gestellt hat. Demnach weckt die Aktion der dbb jugend remscheid ebenfalls auf politischer Ebene bereits Interesse und erzielt damit die beabsichtigte Wirkung.